

Faktor im Wettbewerb

von Markus Hövekamp

Bei der Diskussion über e-Government steht häufig der Bürger im Mittelpunkt. Geht es hier in vielen Fällen primär um eine Verbesserung der Service-Qualität, verbinden Unternehmen mit e-Government sehr konkrete Erwartungen: Ergebnisse einer aktuellen Umfrage.

Die e-Government-Experten von CSC Ploenzke wollten es genau wissen: Wie wichtig ist den großen Unternehmen in Deutschland das Thema e-Government wirklich? In einer Ad-hoc-Befragung ließen sie deshalb die – gemessen an der Mitarbeiterzahl – 500 größten Unternehmen in Deutschland telefonisch interviewen. Neben den klaren Aussagen der Unternehmen belegt auch die erstaunliche hohe Response-Quote von rund 20 Prozent, dass das Thema den Verantwortlichen in der Privatwirtschaft unter den Nägeln brennt.

Zwischen Großunternehmen und der öffentlichen Verwaltung

bestehen vielfältige Kommunikationsbeziehungen. Im einfachsten Fall müssen Unternehmen bestimmte Informationen bis zu einem Stichtag in einer definierten Form übermitteln, zum Beispiel im Zusammenhang mit statistischen Datenerhebungen. Komplexer wird das Szenario, wenn nicht einfache Statistiken, sondern umfangreiche Unterlagen einzureichen sind, etwa bei Anmelde- oder Genehmigungsverfahren. Dies können auch detaillierte Ergebnisse von durchgeführten Tests oder Studien sein.

Häufig werden solche Informationen in Unternehmen mithilfe von IT-Systemen gewonnen beziehungsweise zusammengestellt. Im

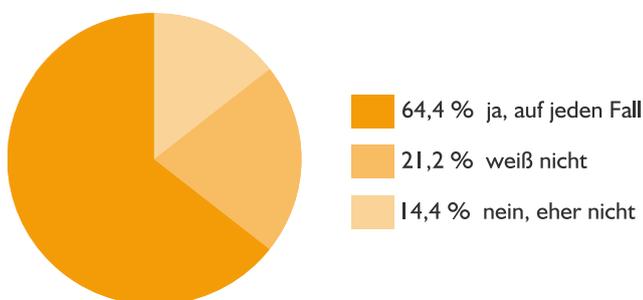
Regelfall werden diese elektronisch vorliegenden Daten ausgedruckt, um sie dann der zuständigen Behörde in Papierform zur Verfügung zu stellen. Dies kann dies Kosten verursachen, die bei der Anwendung eines direkten elektro-

nischen Transfers von Informationen zwischen Unternehmen und der Verwaltung schlicht überflüssig wären.

So ist es nicht erstaunlich, dass fast zwei Drittel der befragten Unternehmen angaben, generell durch die Elektronifizierung des Informationsaustausches mit der öffentlichen Verwaltung Kosten sparen zu können (siehe Abbildung). In einigen Fällen könnte eine solche Elektronifizierung sicher sehr einfach dadurch erfolgen, dass Dokumente in elektronischer Form per e-Mail an die Verwaltung gesandt werden. Bei genauerem Hinsehen scheitert der Einsatz von e-Mail aber an einer spezifischen Anforderung: Anders als zwischen Privatunternehmen setzt die Kommunikation von Unternehmen zu Behörden in sehr vielen Fällen aufgrund gesetzlicher Vorgaben die Schriftform voraus. Viele der von Unternehmen einzureichenden Dokumente dürfen deshalb nur dann als verbindlich betrachtet werden, wenn sie diesem Schriftformerfordernis entsprechen.

Rechtlich sind die Rahmenbedingungen für ein Ersetzen der eigenhändigen Unterschrift durch die qualifizierte elektronische Signatur zwar weitgehend geschaffen, aber

Erwartung: Kosteneinsparungen



Würde die Einführung des elektronischen Informationsaustausches mit der öffentlichen Verwaltung ihrem Unternehmen Kosten sparen, beispielsweise, weil sie ihre unternehmensinternen Prozesse in diesem Kontext entsprechend verschlanken bzw. beschleunigen könnten?

Quelle: CSC Ploenzke

praktisch verfügt weder die Privatwirtschaft noch die öffentliche Verwaltung in der Fläche über die notwendige Infrastruktur. Dies liegt primär daran, dass es aufgrund der bisherigen geringen Verbreitung der qualifizierten elektronischen Signatur für die Privatwirtschaft nur in wenigen Bereichen Sinn macht, die Technologie einzusetzen.

Die große Mehrzahl der Unternehmen erkennt aber sehr wohl schon heute die Bedeutung, die der elektronischen Signatur zukommen wird, sobald eine entsprechende kritische Masse erreicht ist. Aus diesem Grund fordern fast 79 Prozent der befragten Unternehmen eine Vorreiterrolle des Staates beim Einsatz der qualifizierten elektronischen Signatur. Und: Mit 76 Prozent haben sich fast genauso viele Unternehmen bereit erklärt, innerhalb der nächsten drei Jahre die Voraussetzungen für die Nutzung der elektronischen Signatur zu schaffen, sofern der Staat eine geeignete Plattform für den elektronischen Datenaustausch zwischen Privatwirtschaft und öffentlicher Verwaltung bereitstellt.

Im Rahmen von Initiativen wie MEDIA@Komm oder BundOnline 2005 wurden erste wichtige Schritte auf diesem Weg unternommen. So wird in drei Bundesressorts mit Unterstützung von CSC Ploenzke eine rechtssichere und gesetzeskonforme Lösung für elektronische Vergabeprozesse eingeführt (e-Vergabe). Nicht zuletzt aufgrund solcher Vorhaben sind 81 Prozent der befragten Firmen davon überzeugt, dass sich der elektronische Datenaustausch und die qualifizierte elektronische Signatur in der Kommunikation mit den Behörden durchsetzen werden.

Das hohe Interesse der Industrie an einer rechtssicheren Plattform eröffnet dem Staat trotz der angespannten öffentlichen Haushaltslage die Chance, entsprechende Realisierungsvorhaben schnell durchzuführen – und zwar gemeinsam mit der Privatwirtschaft im Sinne von Public Private Partnerships: Mehr als 35 Prozent der befragten Unternehmen versprechen sich von voll-elektronischen Prozessen einen so hohen Nutzen, dass sie die öffentliche Verwaltung beim Aufbau einer sicheren Plattform finanziell unterstützen würden. Weitere 36 Prozent halten eine Förderung für möglich. Hinter diesem Angebot steckt natürlich eine deutlich stärkere Motivation als das erwähnte Einsparungspotenzial auf der Kostenseite. Die Unternehmen erwarten mit der Einführung von e-Government ganz klar primär eins: dass sich die Prozesse in der öffentlichen Verwaltung insgesamt erheblich beschleunigen. Fast 89 Prozent aller Unternehmen haben diese Erwartung geäußert.

Der Ruf nach e-Government ist damit zugleich ein Ruf nach einer umfassenden Modernisierung der Behörden und ihrer Prozesse. Insbesondere bei Genehmigungsverfahren entwickelt sich die Geschwindigkeit immer mehr zu einem Wettbewerbsfaktor. Diese Einschätzung spiegelt sich in den Ergebnissen der Befragung: Nur 21 Prozent der Unternehmen gaben an, dass eine Beschleunigung bei diesen Verfahren sich nicht positiv auf ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit auswirken würde.

Markus Hövekamp verantwortet bei CSC Ploenzke in Wiesbaden das Business Development für den öffentlichen Sektor.